65. Jahrgang. № 21. Donnerstag, 13. Januar 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Triumph-Buttermilch-Seife ist infolge ihrer chem. Zusammensetzung ein unübertroffen. Schönheits- und Toilettemittel. **Triumph-Buttermilch-Seife** gibt ein jugendirisch. Aussehen u. ist ihres sparsam. Verbrauches wegen besonders zu empfehlen. **Triumph-Buttermilch-Seife** Ist in jedem besseren Geschäft zum Preise von 4,50 ℳ erhältlich. Hersteller: Wilh. Geißler, Dresden-N. 11, Großbetrieb für Seifen u. moderne Waschmittel.

Rücktritt des französischen Ministeriums.

Die Vertrauensfrage in der Kammer.

Paris, 12. Jan. In der heutigen Kammersitzung lagen drei Interpellationen auf der Tagesordnung, eine über die Finanzpolitik der Regierung, eine über die Entwaffnung Deutschlands und eine über die allgemeine Politik der Regierung. Ministerpräsident Leygues lehnte es ab, diese Interpellationen sofort zu beantworten und verlangte ihre Vertagung. Nach kurzer Debatte wurde die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Das Ministerium ist darauf zurückgetreten. (W. T. B.)

Ueber die heutige Kammersitzung berichtet W. T. B. weiter:

Nachdem Kammerpräsident Raoul Peret den Vorsitz übernommen und die übliche Begrüßungsrede gehalten hatte, erklärte er, es seien drei verschiedene Interpellationen eingelaufen. Er frage die Regierung, welchen Tag sie für deren Diskussion vorschlagen wolle. Ministerpräsident Leygues erklärte, er verstehe, daß die Kammer unterrichtet sein wolle. Die Regierung habe das größte Interesse, den Kontakt mit dem Parlament aufrecht zu erhalten, und das sei immer geschehen, aber es gebe Stunden, in denen die öffentliche Diskussion der Regierungspolitik große Ungelegenheiten bereiten könne, welche Unparteilichkeit und welches Wohlwollen man auch an den Tag legen werde. Die Autorität der Regierung könne durch eine solche Debatte verringert werden. Es handle sich aber darum, zu wissen, ob die Regierung das Vertrauen besitze, das sie haben müsse, um Frankreich am 10. Januar auf der Interalliierten Konferenz zu vertreten. Diese Verhandlungen hätten den Zweck, nur die Entwaffnung Deutschlands und die lückenlose Ausführung des Friedensvertrages von Versailles mit Unterstützung aller Alliierten sicherzustellen und den endgültigen Frieden in allen vom Krieg erregten Ländern herbeizuführen. Das Ministerium sei in der Vorarbeit begriffen, damit Frankreich das im Kriege unternommene Werk mit Ruhe vollenden könne. Die französische Regierung müsse sich mit ungebundenen Händen zu den Beratungen begeben können. Sie brauche daher das weiteste Maß einer Vertrauenskundgebung. Sie werde kein verringertes Vertrauen annehmen, um im Namen eines siegreichen Frankreichs sprechen zu können. Die Regierung werde auf der Konferenz erscheinen mit dem vollen Vertrauen, oder sie werde nicht hingehen.

Nachdem Bokanowski und Bonnevay sich gegen die Vertagung ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten und die vom Ministerpräsidenten verlangte Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Die Minister verließen den Saal. Die Kammer vertagte sich.

Das Maß ist voll.

Die 450 Noten, welche die deutsche Regierung seit dem Abschluß des Waffenstillstandes an die Entente hat richten müssen, um gegen Willkürakte und Rechtsverletzungen aller Art Einspruch zu erheben, sind um eine weitere vermehrt worden, und diese ist ein ganz besonders stark wirkendes, flammendes Dokument von unserer Zeiten Schande, die es zuläßt, daß von seiten des Ringes der Siegermächte des Versailler Friedens, die angeblich für Recht und Gerechtigkeit in allen internationalen Beziehungen, für Freiheit und Selbstbestimmung der schwachen und unterdrückten Völker in die Schranken treten, direkt räubermäßige Zustände in Oberschlesien geduldet werden, um den Polen gefällig zu sein und einen freien, ungehemmten Ausdruck der wahren Willensmeinung der Bevölkerung zu hintertreiben. Wir sind ja auf dem Gebiete der Vergewaltigungen aller Art von seiten der Entente und ihrer gleichgesinnten Freunde schon an allerlei gewöhnt worden, was für einigermaßen normale Rechtsbegriffe gen Himmel schreit. Was in Eupen-Malmedy im kleinen geschehen ist, zeigt ein Spiegelbild des ganzen Verfahrens der Entente im großen, und die bisher erreichte Gesamtzahl der deutschen Noten ist an und für sich Beweis genug für die moralische Qualität der Gegner, mit denen wir uns trotz formellen Friedens in einem fortgesetzten Reibungsverhältnis, in einem Friedenskriege befinden. Unsere Nerven sind auf Grund alles dessen, was wir bislang schon erlebt und erfahren, erduldet und hingenommen haben, nicht mehr allzu empfindlich gegen Uebergriffe der Machthaber des Versailler Diktats, aber was jetzt in der deutschen Note über die heillose, tolle, verbrecherische Wirtschaft in Oberschlesien enthüllt wird, das übersteigt denn doch alle Begriffe und peitscht jedem Deutschen, der überhaupt noch das geringste Gefühl für nationale Würde und Ehre, für die Heiligkeit feierlich übernommener Verpflichtungen, für Recht und Gesetz besitzt, das Blut auf vor Empörung und erzeugt eine seelische Verfassung, die man nur als das Knirschen des ganzen inneren Menschen bezeichnen kann. Die zuchtlosen Mord- und Räuberbanden, die in Oberschlesien so gut wie ungestraft ihr Unwesen treiben, hausen wie die Kannibalen gegen alles, was deutscher Gesinnung verdächtig ist, und Leben und Eigentum aller derer, die sich nicht bedingungslos unter das Joch des polnischen Terrors beugen, gelten keinen Pfifferling mehr.

Was sind gegen diese polnischen Mordbanden die Prügelgarden, die in Kärnten die Abstimmung zugunsten der Südslawen zu beeinflussen versuchten! Soviel bekannt, ist von den Kärntner Prügelgarden damals nur ein einziger Mord verübt worden, während sie sich sonst auf die Tätigkeit beschränkten, die ihr Name andeutet. Auch diese Art von Terror war schon bösartig genug und warf ein bezeichnendes Licht auf die von der Entente bestellten Wächter der öffentlichen Ordnung, die solche Gewalttaten duldeten. In Oberschlesien aber ist der politische Mord, dessen Verüber zugleich das Räuberhandwerk betreiben an der Tagesordnung. Die deutsche Note stellt fest: „Politische Mordanschläge und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte der zivilisierten Völker dasteht. Nach einer Statistik haben die gemeinen Verbrechen im Bereiche der Polizeidirektion Kattowitz seit Eintreffen der Interalliierten Kommission außerordentlich zugenommen. Die Anzahl der Morde ist um rund 243 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen." Eine zerschmetternderere Anklage gegen die „kulturelle" Wirksamkeit der Entente ist nicht denkbar, als sie hier in kurzen, knappen Worten durch die Mitteilung von Zahlen erhoben wird, die eine Sprache von überwältigender Wucht reden. Vor allem der besondere Umstand ist vernichtend für die Entente, daß die ungeheure Zunahme der Verbrechen gerade seit dem Eintreffen der Interalliierten Kommission stattgefunden hat. Diese Kommission wußte ihre Befähigung zur Erfüllung der ihr obliegenden Pflicht, für die Ruhe und Ordnung im Abstimmungsgebiete zu sorgen, nicht besser zu erweisen als dadurch, daß sie in erster Linie das tat, was diesem Zwecke am abträglichsten war, indem sie die ausgezeichnete deutsche Polizei auflöste und an ihre Stelle unsichere Kantonisten setzte, die, wie die deutsche Note ausdrücklich erklärt, in keiner Weise für ihre Aufgabe taugen. Darf man sich dann unter solchen Umständen wundern, wenn auf deutscher Seite auch der letzte Rest von Vertrauen zu dem guten Willen des französischen Oberkommissars General Lerond verloren geht und man die Franzosen direkt des Einverständnisses mit den polnischen Terroristen bezichtigt? Und kann die deutsche Bevölkerung außerhalb Oberschlesiens, die das ganze verbrecherische Treiben so klar und unzweideutig in allen Einzelheiten durch die deutsche Note enthüllt sieht, auch nur den geringsten Schimmer von Hoffnung hegen, daß der am Schluß der Note ausgesprochene Appell an das Verantwortungsbewußtsein der alliierten Regierungen irgendwelchen durchgreifenden Erfolg haben werde? Nein und dreimal nein! Recht und Gerechtigkeit, Vertragstreue und kulturelles Gewissen dürfen wir nicht mehr von Elementen erwarten, die mit solcher brutalen, unverhüllten Deutlichkeit ihre Entschlossenheit bekunden, allen rechtlichen und moralischen Begriffen Hohn zu sprechen, sobald es sich darum handelt, dem verhaßten Deutschtum einen

Die Folgen von Spa.

Berlin, 12. Jan. Seit Beginn der Ausführung des Abkommens von Spa hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauche entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivfeuerung notwendigen Kohlensorten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen. Zurzeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefahrenpunkte, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohle nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen. (W. T. B.)

Diese Nachricht gibt um so mehr Anlaß zur Beunruhigung, als das an Kohlenüberfluß leidende Frankreich sogar noch eine Erhöhung der in Spa zugestandenen Kohlenlieferungen verlangen will!

Gegenüber der Meldung des W. T. B. schreibt die „Nationalzeitung": Eine Einschränkung im Eisenbahnverkehr infolge Kohlenmangels ist vorläufig noch nicht zu befürchten. Es wird über eine Neuauffüllung der Kohlenmagazine der Eisenbahnen verhandelt. Gegenwärtig besitzen allerdings einzelne Magazine nicht einmal Vorräte für zehn Tage und müssen deshalb von anderen Magazinen mit Vorräten bedacht werden. Besonders mangelt es an Qualitätskohle. Das Reichskohlenkommissariat hat Maßnahmen ergriffen, um die Reservevorräte der Eisenbahnen wieder so zu erhöhen, daß sie für mindestens 15 Tage reichen.

Strafe für die „Entwaffnungsverzögerung".

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Frankfurt a. M., 12. Jan. Die Havas-Agentur meldet: Die alliierten Kabinette haben der Interpretation zugestimmt, daß die deutsche Entwaffnungsverzögerung den im Friedensvertrage festgesetzten Strafmaßnahmen unterliege.

Demgegenüber meldet die „Neue Zür. Ztg." aus Paris, daß, obwohl die alliierten Kabinette vierzehn einzelne Verletzungen des Versailler und des Spaer Vertrages durch Deutschland feststellten, sich dennoch die Annahme erhalte, daß die Strafhandlungen vorläufig vertagt werden.

Berlin, 12. Jan. General Nollet, der Chef der interalliierten Kontrollkommission, der sich zu der Entwaffnungskonferenz der alliierten Regierungshäupter nach Paris begibt, wird das gesamte von der Regierung bisher vorliegende Material über die Durchführung der Abrüstung und der Entwaffnung und überdies eine Note, in der die Gesamtlage zusammenfassend dargestellt ist, mitnehmen.

Wieder Schwarze zur Besetzung der Pfalz.

Karlsruhe, 12. Jan. Aus Landau wird gemeldet: Die dortige französische Kommandantur habe bekanntgegeben, daß von Mitte Februar ab wieder afrikanische Truppen zur Besetzung der Pfalz verwendet würden.

Sehr ernster Zustand der Kaiserin.

Haag, 12. Jan. Der frühere Kronprinz ist heute nach Doorn abgereist, um seine kranke Mutter zu besuchen, deren Gesundheitszustand noch immer äußerst besorgniserregend ist.

Aus Haus Doorn wird folgender Bericht über das Befinden der ehemaligen Deutschen Kaiserin vom 11. Januar ausgegeben: Das körperliche Widerstandsvermögen vermindert sich langsam, aber stetig. Die Zunahme der Blutstauungen führt zu stärkeren Benommenheiten. Der Zustand ist als sehr ernst zu betrachten. (W. T. B.)

Die Eisenbahnerbewegung.

Eine neue Verhandlungsgrundlage.

Berlin, 12. Jan. Nachdem die Vorstände der Großorganisationen der Eisenbahner zu den bisherigen Verhandlungsergebnissen Stellung genommen und auf Grund der einmütigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig gehalten haben, trat am Mittwoch der Sechzehnerausschuß zu einer Besprechung zusammen. Aus den erstatteten Berichten ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die dann in einer am gleichen Tage stattgefundenen Konferenz mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes eingehend besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordernden weiteren Zugeständnisse behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der genannten Gewerkschaftsbünde bereit, sofort mit den entsprechenden Regierungsstellen in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Resultat erzielt werde. (W. T. B.)

Berlin, 12. Jan. Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner kam in seiner heutigen Sitzung nach langen Erörterungen einmütig zu der Ansicht, daß die Regierungsvorschläge in der vorliegenden Form unannehmbar seien. Weiter wurde von der Versammlung gegen die halbamtlich verbreitete Meldung über die Streikabstimmung der Eisenbahner Einspruch erhoben. Bei der durch W. T. B. gegebenen Mitteilung ist für das errechnete Ergebnis der Streikabstimmung die Gesamtzahl aller Eisenbahner zugrunde gelegt. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die Abstimmung der rund 235 000 Mitglieder der Reichsgewerkschaft, von denen laut Aufstellung 82 Prozent für den Streik gestimmt haben. Die übrigen Eisenbahnbeamten, die anderen Organisationen angehören, konnten sich an der Abstimmung selbstverständlich nicht beteiligen, da ihre Verbände eine Streikabstimmung gar nicht vorgenommen haben.

Die Berliner Finanzminister-Konferenz.

Berlin, 12. Jan. Zu der heutigen Berliner Konferenz der Finanzminister der Länder wird berichtet: Die heutige Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister hat den Zweck, zu prüfen, auf welche Weise die Einzelstaaten die Deckung für die Mehrausgaben der Beamtenbesoldung, die sich aus der Erhöhung des Teuerungszuschlages ergebe, beschaffen können. Die Länder sind in der Erschließung neuer Einnahmen, d. h. neuer Steuerquellen, noch weitaus mehr beschränkt, als das Reich. Neue Steuern sind aber die einzige Möglichkeit zur Deckung der Mehrausgaben.

Die „Voss. Ztg." bemerkt: Es sind sehr ernste Sorgen, die die Finanzminister der Länder in Berlin zusammenführen, und es wird an Versuchen nicht fehlen, einen großen Teil dieser Sorgen auf das Reich abzuwälzen, das deren auch schon genug hat.

Berlin, 12. Jan. Nach Abschluß der Berliner Konferenz werden die einzelstaatlichen Finanzminister in einer neuen Sonderkonferenz die in Bamberg aufgenommenen Beratungen des Landessteuergesetzes fortsetzen.

Rücktritt der mecklenburgischen Regierung.

Schwerin, 12. Jan. Infolge des gestern im mecklenburgischen Landtag zum Ausdruck gebrachten Mißtrauensvotums der linken Mehrheit überreichte heute das gesamte Staatsministerium dem Hause seine Rücktrittserklärung. Ministerpräsident Dr. Reincke-Bloch betonte dabei ausdrücklich, daß das Ministerium das Verhalten des Justizministers billigen müsse.

Schwerin, 12. Jan. Der Landtag vertagte sich auf Freitag nachmittag. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten. (W. T. B.)